Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 31. März 1930
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937–8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.85 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
31. 3. a Nr. 152
10 Pfennig

Stabile Regierung der Reform

Dr. F. K. In anderthalb Tagen hat der neue Reichskanzler, Herr Dr. Brüning, sein Kabinett zusammengestellt und mit einer neuen Methode der Regierungsbildung, wie sie übrigens allein dem Sinn der Verfassung entspricht, schneller den notwendigen Erfolg erzielt als irgendeiner seiner Vorgänger unter dem republikanischen Regime. Das ist ein guter Start. Das Kabinett der Reform sitzt im Sattel. Wird es reiten können?

Es ist müßig, über die Vorgeschichte dieser so erfreulich schnell gelösten Regierungskrise viele Worte zu verlieren. Die Große Koalition war durch die Verabschiedung der Young-Gesetze sinnlos geworden, da immer klarer zu erkennen war, daß ihre beiden Flügelparteien sich selbst um den Preis großer Opfer nicht mehr zusammenfinden konnten. Eine Wirtschaftsdepression, noch mehr: eine dumpfe allgemeine Hoffnungslosigkeit war über die Massen des Volkes gekommen. Die Autorität des Staates sank dahin. Der subjektive Glaube an die Möglichkeit einer grundlegenden Besserung ging vielfach vor die Hunde. Die Politik des „Alles oder nichts" verwirrte überdies die Geister. Der Weizen der Sozialdemokratie blühte, die, auf Preußen gestützt, durch Severings Mund den Willen proklamierte, bis zum Ende dieser Legislaturperiode und vielleicht noch darüber hinaus zu regieren. Die politischen Köpfe in der Sozialdemokratie hatten den Segen der Macht erkannt und waren robust genug, die gelegentliche Beschädigung ihrer Parteidogmen durch die Koalitionspolitik ohne Wimperzucken zu ertragen.

Da zerriß der Arbeitsminister, Herr Wissel, das feingesponnene Gewebe; ein hochachtbarer, grundanständiger Mann, dem außer dem politischen Talent fast keine Gabe fehlt. Feinmechaniker von Beruf, ist er von der „rage de perfection" besessen, einer ganz vorzüglichen Eigenschaft, die aber im politischen Kampf zur Starrheit, Unbelehrbarkeit und Unnachgiebigkeit verführt. Vielleicht wäre es kein ungeschickter Zug gewesen, den Ausmarsch der Sozialdemokratie aus der Regierung mit ebenso gesinnungstüchtigen wie massenpsychologisch wirksamen Gesten zu begleiten, gerade eine Frage der Sozialpolitik zum Anlaß des Bruches mit den bürgerlichen Parteien zu wählen, die das Heiligtum der Arbeiterrechte in reaktionärer Verbohrtheit angeblich antasten wollen. Aber Herr Wissel trieb zur Katastrophe des Kabinetts, nachdem die bürgerlichen Parteien so gut wie alle gewünschten Zugeständnisse gemacht hatten, nachdem die Deutsche Volkspartei auf dem Mannheimer Parteitag eben erst von ihrem neuen Führer ohne offenen Widerspruch das Wort von der Unentbehrlichkeit der Sozialdemokratie für die Regierungsbildung hingenommen hatte. Damit bewies er, was jedermann klar sein mußte, daß der wirkliche Grund des Ausscheidens keineswegs in dem Streit um ¾ Prozent der Arbeitslosenversicherung lag.

Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der das behauptet, ist denn auch eine glatte Verdrehung der Tatsachen. Das muß festgestellt werden, weil in einem künftigen Wahlkampf jene agitatorische Legende eine große Rolle spielen dürfte, ohne aber hoffentlich den kräftigen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen aufhalten zu können. Die Sozialdemokratie selbst hat die Regierung verlassen, weil ihren radikalen Elementen und auch den freien Gewerkschaften die kommunistische und national-sozialistische Konkurrenz allmählich an die Nieren geht. Sie kündigt scharfe Opposition an. Dies gute Recht soll ihr in keiner Beziehung verkümmert werden. Nur gibt es Grenzen der Demagogie. Wer, wie die sozialistische Presse, anläßlich des Volksbegehrens mit Feuer und Schwert gegen die Opposition gewütet hat, ist heute moralisch zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet. Man gebe „ungewissen Ereignissen" entgegen, sagt der sozialdemokratische Parteivorstand. Wir meinen umgekehrt, daß nichts gewisser ist, als daß die jetzt eingeleitete Entwicklung sich in vollster Verfassungsmäßigkeit vollziehen muß, ja daß sie vielleicht den letzten Versuch bedeutet, wenn auch mit neuen Methoden, so doch durchaus im Rahmen des Systems, zur Reform zu gelangen.

Neben der hohen Person des Reichspräsidenten bieten dafür zunächst einmal der neue Reichskanzler und der Vizekanzler Dietrich-Baden jede Gewähr. Es ist erfreulich, daß Herrn Dietrich der aus allgemein politischen Gründen notwendige Abschied aus dem Reichsernährungsministerium, das er mit Umsicht und Erfolg geführt hat, durch eine sichtbare Anerkennung leichter gemacht wurde, wie man sich auch nur schwer vorstellen kann, daß der Verfassungsminister des neuen Kabinetts, Herr Dr. Wirth, bei der Sozialdemokratie plötzlich das ihm bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen verloren haben sollte.

Reichskanzler Dr. Brüning selbst gehört, um ein häufig mißbrauchtes Wort zu benutzen, wie eine ganze Anzahl der Mitglieder seines Kabinetts, zur Kriegs-, zur Frontgeneration. Bei einer Maschinengewehrscharfschützenabteilung an der Westfront hat er sich Verwundung und beide Eiserne Kreuze geholt. Er ist mit seinen 45 Jahren einer der jüngsten Kanzler seit Bestehen des Reiches. Wer seine Reden im Reichstag seit seiner Wahl zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion gehört, wer insbesondere seine verantwortliche Stellungnahme im Auftrag der Regierungsparteien anläßlich der dritten Lesung der Young-Gesetze in Erinnerung hat, die er sehr zutreffend als ein Diktat bezeichnete, dem wir uns schließlich beugen müßten, wird nicht daran zweifeln dürfen, daß mit einem neuen Manne in das Reichskanzlerhaus auch eine neue Politik einzieht. Die grundsätzlichen Gegner rechts und links, die dem Kabinett nicht einmal das fair play geben wollen, abzuwarten, wie es sich politisch zu verhalten gedenkt, sollten die Entschlossenheit und Zähigkeit des neuen Kanzlers nicht unterschätzen. Er hat sein Amt keinesfalls angenommen, um es bald wieder zu verlassen.

Neben Dr. Brüning selbst erscheint uns als der größte Gewinn für die neue Reichsregierung der Ernährungsminister Schiele, wie es auch zu begrüßen ist, daß die von Wahl zu Wahl infolge ihres klaren Eintretens für das Privateigentum stärkeren Einfluß gewinnende Wirtschaftspartei durch den klugen Professor Dr. Bredt in dem Ministerium vertreten ist. Herr Schiele, der Präsident des Reichslandbundes, ist ein Mann der praktischen Arbeit, der festen Verwurzelung in seinem Berufsstand und in dem Mutterboden der Nation. Die Tatsache seines Eintritts in dieses fraktionsmäßig nicht gebundene Kabinett, der einem besonderen Wunsche des Reichspräsidenten entspricht, kann seine Beziehungen zur Deutschnationalen Partei unmöglich belasten.

Die Regierung Brüning, die so im ganzen unter günstigen Aufspeizen ins Leben tritt, findet schwierigste Aufgaben vor, ja wir glauben, was in der „DAZ." schon ausgesprochen wurde, daß sie unter gewissen Voraussetzungen geradezu einen Wendepunkt der deutschen inneren Politik bedeuten kann. Wohl muß sie damit rechnen, daß ihr das Leben von links und recht nicht allzu leicht gemacht wird. Gerade aus diesem Grunde aber wird sie sich zunächst auf die allerdringendsten und wichtigsten Probleme staatsmännisch zu beschränken haben. Sie sind innerpolitischer und innerwirtschaftlicher Natur. Sie heißen: Finanzreform, Landwirtschaftshilfe, Rettung des Ostens. Es wird auf den Geist ankommen, in dem diese Aufgaben in Angriff genommen werden. Die Zeit für Experimente und halbe Maßregeln ist vorbei. Eine tiefe Sehnsucht nach Leitung und Autorität geht durch das Volk. Nichts ist so vordringlich, wie die Beendigung der Vertrauenskrise, die Wiederherstellung des Glaubens an Staat und Regierung. Es ist nicht mehr entscheidend, ob „populär" oder „unpopulär" regiert wird. Es muß endlich gut regiert, es muß endlich überhaupt regiert werden.

Die neue Regierungskonstellation kann nach der Art ihres Zustandekommens und nach dem Vertrauen, das sie beim Reichspräsidenten genießt, ungeahnte Erfolge erzielen, wenn sie sich zu einem klaren Programm der Sanierung des Staates und der öffentlichen Wirtschaft bekennt, wenn sie auf die billige Befriedigung der Augenblicksinstinkte des Parlaments verzichtet und sich auf weite Sicht zum wirklichen Wiederaufbau vereinigt, wenn sie die „radikale Umkehr" von den Methoden des Parteiegoismus und der schematischen Berücksichtigung des einen Interessenten vollzieht, die nur den anderen auf den Plan rufen muß, mit einem Wort, wenn sie wieder eine gesunde und kraftvolle, aber auch kluge und besonnene Staatsführung aufrichtet, ohne die wir immer tiefer in die Verzweiflung versinken. Schon hört man in der Presse die beliebte Meinung, eine Regierung mit der Rechten sei „teurer" als eine Regierung mit der Linken. In der Tat stammen manche Gesetze, die zu den enormen Schwierigkeiten der Gegenwart wesentlich beigetragen haben, von einem Rechtskabinett. Vor solcher Demagogie von oben muß sich das neue Ministerium wie vor dem Aussatz hüten. Das Volk erwartet von dem Kabinett Brüning nicht ein Weitertrotten auf den alten verhängnisvollen Wegen der Nachgiebigkeit gegenüber dem Agitationsbedürfnis der Parlamentarier, sondern feste staatspolitische Zügelführung, Beseitigung des experimentellen Staatssozialismus, Reform an Haupt und Gliedern.

Nun sind die Mehrheitsverhältnisse für die neue Regierungskombination noch unsicher. Wenn Sozialdemokraten oder Kommunisten ein Mißtrauensvotum einbringen, fehlen dem Kabinett, sofern man die Deutschnationalen nicht mitrechnet, etwa 20 bis 30 Stimmen zur Majorität. Wir möchten aber in dieser Hinsicht ruhiges Abwarten empfehlen. Das Kabinett wird ohne Zweifel die Ermächtigung erhalten, den Reichstag gegebenenfalls aufzulösen. Da die Sozialdemokratie Neuwahlen unmittelbar nach ihrer Zustimmung zu den Agrarzöllen mit Recht fürchten muß, ist selbst von ihrer Seite das Schlagwort eines Mißtrauensvotums problematisch. Vorallen Dingen aber werden die Deutschnationalen unter keinen Umständen geschlossen gegen die Regierung stimmen. Sie würden sich damit in Gegensatz zu ihrem hochverdienten Mitglied Minister Schiele setzen, der auch ihnen eine Bürgschaft für rasche und zweckentsprechende Entscheidungen im Interesse der Landwirtschaft und des Ostens bieten muß. Darüber hinaus ist die Haltung einer anderen, noch höheren Persönlichkeit genugsam bekannt. Wenn wir das Für und Wider sorgfältig abwägen, kommen wir zu dem Schluß, daß die bei weitem größere Wahrscheinlichkeit für einen positiven Erfolg der Regierung in der ersten Abstimmung spricht.

Sollte der Ausgang trotzdem ein anderer sein, so stehen Neuwahlen bevor. Eine Eventualität, der außer dem Radikalismus rechts und links nur noch die Parteien, aus denen die neue Regierung gebildet ist, ohne große Sorge entgegensehen können.

Der neuerliche Versuch des Zentrums, den Neubau des Reiches mit den staatserhaltenden bürgerlichen Kräften in Angriff zu nehmen, erfolgt in einem günstigen Augenblick. Die Außenpolitik der letzten zehn Jahre scheidet als Streitgegenstand aus. Auch hier beginnt eine neue Aera. Die nach der Rheinlandräumung gewonnene Bewegungsfreiheit kann die Grundlage wirklicher außenpolitischer Aktivität im Rahmen des Möglichen sein. Der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zur Finanz- und Staatsreform muß verbreitert werden und wird auch an den grundlegenden Tatsachen nicht vorübergehen können, die diese Reformarbeit — im Reich und in den Einzelstaaten —, bisher erschwert oder sabotiert haben.

Wir wünschen dem neuen Kanzler und seinen Mitarbeitern die Einsicht und den staatsmännischen Mut, deren sie auf einem schweren Wege bedürfen. Gelingt ihr Versuch — und er kann gelingen —, so wird man einst von diesen späten Märztagen als von dem Beginn einer neuen geschichtsbildenden Epoche in Deutschland sprechen.

Die Vereidigung der neuen Reichsregierung

Günstige parlamentarische Aussichten — Stimmenthaltung der Deutschnationalen?

Die Unterzeichnung der Ernennungsurkunden für die neuen Minister durch den Reichspräsidenten erfolgte, wie wir auf Seite 2 berichten, am Sonntagmittag, nachdem Reichskanzler Dr. Brüning im Reichstage noch eine Reihe ergänzender Besprechungen über die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts gepflogen hatte. Die in letzter Stunde vorgenommenen Veränderungen betreffen insbesondere die Stellung des bisherigen Reichsernährungsministers, jetzigen Reichswirtschaftsministers Dietrich, der als ständiger Stellvertreter des Reichskanzlers künftig eine besonders einflußreiche Position haben wird. Herr Treviranus, der nunmehr das Ressort der besetzten Gebiete erhalten hat, wurde schon am Sonnabend als Kandidat für ein Grenzlandministerium genannt, das durch Ausbau des bisherigen Ministeriums für die besetzten Gebiete geschaffen werden sollte und die Fürsorge für alle Grenzgebiete zu übernehmen hätte. Es scheint, daß dieser Plan noch nicht vollständig aufgegeben ist.

Die für Dienstag nachmittag 4 Uhr im Reichstage vorgesehene Vorstellung der neuen Regierung wird ihr besonderes Gepräge erhalten durch die Verlesung des Programms, das Dr. Brüning persönlich vorbereitet hat. Die Regierungserklärung soll, wie wir hören, ziemlich kurz sein. Sie wird sich in ihrem finanzpolitischen Teil auf die Kompromißveränderungen stützen, die zwischen den bürgerlichen Parteien der Großen Koalition in der vorigen Woche bereits vorbereitet waren und deren Ablehnung durch die Sozialdemokraten zum Sturz des bisherigen Kabinetts führte. Das größte Interesse wird alsdann der Veröffentlichung des Agrarprogramms gebühren, das zwischen Dr. Brüning und Minister Schiele verabredet worden ist. Selbst wenn die Regierungserklärung mit Rücksicht auf die noch nicht genügend geförderten gesetzgeberischen Vorarbeiten sich hierüber Zurückhaltung auferlegen sollte, ist anzunehmen, daß die eigentlichen Pläne sehr weitgreifender Natur sind. Sie stellen die konsequente Fortsetzung der schon von Minister Dietrich in Angriff genommenen Sanierungsmaßregeln dar.

Die Reichstagsaussprache über das Programm wird voraussichtlich erst am Mittwoch beginnen. Die Aussichten für das Kabinett werden im allgemeinen günstig beurteilt. Man rechnet damit, wie wir schon ankündigten, daß ein Teil der Deutschnationalen Fraktion für das Kabinett stimmt. Die Sozialdemokraten wollen ein Mißtrauensvotum einbringen, das dann mit etwa 10 Stimmen Mehrheit abgelehnt werden könnte. Ueber den Plänen der deutschnationalen Parteiführung liegt noch Dunkel. Sie wird selbstverständlich versuchen, die Geschlossenheit der Reichsfraktion zu wahren und mezzusolge möglicherweise keine Ablehnung, sondern Stimmenthaltung proklamieren.

(Siehe auch Seite 2)

Die Annahme des Young-Planes in der Kammer

Mit 527 gegen 38 Stimmen — Frankreichs „Handlungsfreiheit" nur im Rahmen des Briand-Kellogg-Paktes möglich

fs. **Paris**, 31. 3. (Eigenbericht)

Der Young-Plan ist in der Sonnabendnacht mit 527 gegen 38 Stimmen angenommen worden. Die innerpolitisch wichtige Frage ist, wie groß die Anzahl der der Regierungsmehrheit angehörenden Abgeordneten war, die gegen das Gesetz sich ausgesprochen haben. Es waren im ganzen 14 Abgeordnete, der Stimme haben sich acht Abgeordnete der Regierungsmehrheit enthalten. Der Erfolg Tardieus ist also unzweifelhaft. Er hat seine Mehrheit gut beisammengehalten. Ebenso ist von innerpolitischer Bedeutung, daß die äußerst gereizte Stimmung, die zwischen Tardieu einerseits und den Radikalsozialisten andererseits am ersten Tage der Debatte herrschte, am zweiten Tage plötzlich geschwunden war. Tardieu hatte seine Ruhe wiedergefunden, und von der Linken vermied man jede Provokation.

Ueber den außenpolitischen Gehalt der Nachtdebatte ist noch einiges nachzutragen, und zwar ist die Frage zu beantworten, wie Tardieu sich nun schließlich zu der „Sanktions"-Frage gestellt hat. Von den drei präzisen Fragen Léon Blums war die wichtigste die, ob Frankreich sich innerhalb des Briand-Kellogg-Paktes halten werde. Bisher hatte Tardieu einen besonderen Kunstgriff angewandt, um eine Beschränkung der französischen „Sanktions"-Möglichkeiten durch den Briand-Kellogg-Pakt abzulehnen, und hatte argumentiert, daß militärische Maßregeln Frankreichs keine kriegerischen sein könnten, denn Deutschland habe seine Zustimmung zu den französischen „Sanktionen" gegeben. Es könne sich also nicht um einen kriegerischen Akt handeln und der Briand-Kellogg-Pakt nicht angegriffen werden.

Die Interpretation ist völlig unhaltbar.

Deutschland hat keineswegs seine Zustimmung zu jeder französischen „Sanktion" gegeben, sondern lediglich nur zu solchen, die nach dem internationalen Recht gestattet sind. Der Abgeordnete Pierre Cot hatte Tardieu daran erinnert, indem er erklärte, Tardieu müsse, wenn er nach den Maßregeln, die die „Handbücher des internationalen Rechtes" als gestattet ansehen, die letzte Auflage dieser Handbücher zu Rate ziehen. Diese letzte Auflage enthalte aber den Briand-Kellogg-Pakt. Die ganze Linke hatte Tardieu zugerufen: Welche Maßregeln hat Deutschland als berechtigt anerkannt? und diese Zurufe spielten auf das gleiche an, was Cot ins Auge gefaßt hatte.

Die Auffassung Cots ist die einzige haltbare.

Da das Kriegsverbot unbezweifelter Bestand des internationalen Rechtes ist, so kann Frankreich keine militärischen Maßregeln ergreifen. Täte es das, so ginge es damit über die von Deutschland ihm zugestandene „Handlungsfreiheit" hinaus.

Tardieu befand sich in einer schweren Lage.

Er mußte auf die Rechte Rücksicht nehmen, die er nicht allzu sehr belasten durfte. Er mußte auch auf die Linke Rücksicht nehmen, deren Stimmen er nicht entbehren wollte, obgleich er Herriot so kühn zugerufen hatte, er solle nicht für ihn stimmen, wenn er nicht mit seiner Interpretation der „Sanktions"-Möglichkeiten übereinstimme. Er mußte schließlich auch auf die internationale Lage und das zu erwartende Echo aus Deutschland Rücksicht nehmen. Tardieu hat, um die drei Fragen Blums zu beantworten, etwa eine halbe Stunde geredet. Er nahm hundertmal einen Anlauf zur Antwort und sprang ebenso wieder zurück. Er redete über unzählige Dinge und Punkte, die nichts mit der Sache zu tun hatten. Er suchte offenbar nach dem richtigen Augenblick und nach der richtigen Form für seine Antwort. Das Haus saß in tiefstem Schweigen und in gespanntester Aufmerksamkeit. Jedem der Abgeordneten mußte es klar sein, welche außergewöhnliche intellektuelle Anstrengung der Ministerpräsident machte, um über den schwierigen Punkt hinwegzukommen.

Schließlich aber hat Tardieu doch das Wort gesprochen:

Frankreich habe den Briand-Kellogg-Pakt unterschrieben, und es werde sich innerhalb des Paktes halten. Natürlich hat Tardieu seine frühere Darstellung nicht widerrufen. Das war aber auch unmöglich von ihm zu erwarten. Aber, wenn Worte noch einen Sinn haben, so sind doch die letzten Ausführungen Tardieus nur dahin zu verstehen: da der Briand-Kellogg-Pakt zum internationalen Recht gehört, kann sich Frankreichs Handlungsfreiheit nur im Rahmen des Briand-Kellogg-Paktes abspielen, also sind militärische Maßregeln unmöglich. Diese Deutung ist um so sicherer, als Tardieu ausdrücklich feststellt, daß die deutschen und französischen Juristen über die Begrenzung der französischen „Handlungsfreiheit" völlig einig gewesen seien. Er hat Blum nicht näher die Punkte präzisiert, auf die sich diese Einmütigkeit bezog. Aber was er sagte, genügte doch offenbar.

Die Sozialisten haben, befriedigt von Tardieus Ausführungen, keinen Redner mehr vorgeschickt.

Nur halbbefriedigt zeigte sich Herriot. Er erklärte, keine weiteren Fragen mehr stellen zu wollen, möchte aber betonen, daß seine Partei den Haager Abmachungen nur zustimme, „weil sie sie dahin interpretiere, daß die französische „Sanktions"-Möglichkeit sich im Rahmen der Völkerbundssatzungen und des Kellogg-Paktes halte. Damit war diese Debatte erledigt.

Paul-Boncour und seine Freunde verprügelt

fs. **Paris**, 31. 3. (Eigenbericht)

In Mès bei Lens in Nordfrankreich kam es gelegentlich einer von den sozialistischen Bürgern veranstalteten großen Friedenskundgebung, in deren Verlauf Paul-Boncour und mehrere Mitglieder der CGT. als Redner angekündigt waren, zu schweren Zusammenstößen zwischen den sozialistischen und kommunistisch organisierten Bergarbeitern. Paul-Boncour und seine Freunde wurden verprügelt, und die Polizei mußte eingreifen. In dem allgemeinen Handgemenge wurde ein Polizeioffizier mit einem Gummiknüppel verletzt, worauf mehrere Polizisten von ihren Revolvern Gebrauch machten. Offiziell werden 12 Verwundete gemeldet, darunter drei Gendarmen und mehrere Schwerverletzte.

sx. **London**, 31. 3. (Eigenbericht)

Heute morgen um 10,30 Uhr trat im Locarno-Saal des Foreign-Office unter Vorsitz von Henderson die englisch-ägyptische Konferenz in öffentlicher Vollsitzung zusammen.